

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: **Rassismus und Polizeigewalt benennen,
bekämpfen und mit Opfern solidarisieren!**
(vertagt von 51. BMV)

Antragstext

Die 51. Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün möge beschließen:

“Die Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün benennt vorherrschende rassistische Strukturen klar und solidarisiert sich mit den Opfern dieser Strukturen. Auch an Hochschulen erleben BIPOC-Personen täglich Stigmatisierungen und strukturelle Diskriminierung. Als überwiegend weiße Gruppe müssen wir unsere Privilegien stetig reflektieren und daraus lernen. Dafür sollten wir uns selbst zurücknehmen aber auch andere Hochschulgruppen, Universitätsleitungen und politische Handlungsträger*innen dazu auffordern. Wir müssen BIPOC-Personen zuhören, ihren Forderungen nachkommen und unsere Privilegien nutzen, um Diskriminierung und Rassismus abzubauen. Um die eigenen Rassismen zu erkennen und zu verstehen, brauchen wir an den Universitäten umfassende Angebote, die sich speziell an weiße Studierende richten. Konkret schlagen wir vor Kurse zu den Themen “Critical Whiteness” und “Allyship” zum Beispiel im Rahmen der Allgemeinen Studien zu verankern.

Der Bundesvorstand wird beauftragt ebenfalls bei der politischen Arbeit von CampusGrün auf Bundesebene und insbesondere gegenüber den zuständigen politischen Akteur*innen Deutschlands Rassismusproblem klar zu benennen. Lorenz' Tod zeigt in aller Härte, wie der Kampf gegen Rassismus und insbesondere Polizeigewalt uns in unserer Arbeit prägen muss. Aufklärung wird meistens durch Angehörigen und Aktivist*innen eingefordert, dass Communities dies einfordern müssen und diese Aufklärung nicht von Seiten der Politik und Behörden kommt, ist bezeichnend. Polizeigewalt und rechte Strukturen in Institutionen müssen

23 flächendeckend und öffentlich transparent aufgearbeitet werden.”

Begründung

Gerade als überwiegend weiße Gruppe dürfen wir uns nicht aus der Verantwortung nehmen und müssen rassistische Strukturen klar benennen und sie eben auch auf die Tagesordnung setzen. Gerade jetzt ist es von unabdingbarer Wichtigkeit laut für Gerechtigkeit zu sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.